



Verkehrsausschuß

2. Sitzung (nicht öffentlich)
5. Oktober 1995
Düsseldorf - Haus des Landtags
13.30 Uhr bis 15.45 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)
Stenographin: Renate Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|---|----|
| 1 | Überblick über die von der Landesregierung für die 12. Legislaturperiode geplanten Vorhaben auf dem Gebiet der Verkehrspolitik | |
| | a) Bericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis | 1 |
| | Vorlage 12/88 | |
| | b) Bericht des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr Wolfgang Clement | 14 |

Der Ausschuß nimmt die Berichte entgegen und kommt überein, die Aussprache in der Sitzung am 30. November 1995 durchzuführen.

2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Diskussion mit StS Westermann.

Die Stellenpläne - Bereich Verkehr - werden zur Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen.

Dem Einzelplan 08 - Bereich Verkehr - wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zugestimmt.

3 Fortsetzung und Umsetzung des Landesstraßenbedarfs- und -ausbauplans auf der Basis der beabsichtigten Mittelbereitstellung von 3,55 Milliarden DM für den Landesstraßenbedarfsplan 1993 sowie Bericht über die restliche Finanzierung des Landesstraßenausbauplans in 1995, 1996 und 1997

5

Auf Antrag der Fraktion der CDU

StS Westermann erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion mit ihm und LMR Ketteniß (MWMTV) an.

4 Ausnahme nach § 5 Landesstraßenausbaugesetz

Vorlage 12/63

Ohne Diskussion wird das Benehmen hergestellt.

- 5 **Erteilung von Ausnahmegenehmigungen beim Sonn- und Feiertagsfahrverbot** 10

StS Westermann erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion mit ihm und LMR Schäfer (MWMTV) an.

Das Thema soll auf der Grundlage eines Berichts des Ministeriums möglichst bald im Ausschuß wieder erörtert werden.

- 6 **Umsetzung der Regionalisierung unter besonderer Berücksichtigung der Festlegungen, die in den Nahverkehrsplänen getroffen werden sollen** 22
Auf Antrag der Fraktion der CDU

Diskussion mit StS Westermann und LMR Herz (MWMTV).

- 7 **Umsetzung des Luftverkehrskonzepts Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung des Koalitionsvertrages mit Vorlage eines fortgeführten Zwischenberichtes zur Umsetzung der Konzeption**
Auf Antrag der Fraktion der CDU

Günter Langen (CDU) zieht diesen Antrag bis auf weiteres zurück.

- 8 **Terminplan des Verkehrsausschusses für das Jahr 1996**

Der Ausschuß nimmt den Terminplan (Anlage) zur Kenntnis.

9 Verschiedenes

Vorsitzender Manfred Hemmer beglückwünscht Heinz Hardt zu seinem neuen Amt als Präsident der Landesverkehrswacht.

Nächste Sitzung: 30. November 1995

* * *

angeboten worden. Dazu gehört, daß wir auch mit Hilfe moderner Technologien dafür sorgen, daß die Städte für den Wirtschaftsverkehr problemlos erreichbar bleiben, und daß wir sie gleichzeitig davor bewahren, im individuellen Autoverkehr zu ersticken. Nur so können Stadtzentren im Wettbewerb mit nicht integrierten Standorten überleben.

Eine Reihe von Ansatzpunkten für die Stadtverkehrspolitik des Landes wurden bereits erwähnt. Hierzu gehören das Thema Citylogistik ebenso wie alle Maßnahmen, die die Mobilität im Personenverkehr in der Stadt und in die Stadt hinein erhalten, ohne allein auf das Auto als Verkehrsmittel zu setzen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die neuen Informations- und Kommunikationstechniken einen erheblichen Beitrag zu mehr Mobilität in der Stadt und für eine umweltgerechte Gestaltung des Stadtverkehrs leisten können. Das reicht von Chipkarten für Fahrradabstellanlagen über eine bessere Organisation von Bus- und Bahnverkehr durch elektronische Vorrangschaltungen und bessere Informationssysteme für die Fahrgäste bis hin zu Maßnahmen der Verkehrslenkung und Verkehrsvermeidung.

In enger Abstimmung mit dem MWMTV werden wir Lösungen für den beschleunigten Einsatz von innovativer Technik für eine ökologische Stadtverkehrspolitik finden.

2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Staatssekretär Westermann legt dar, der Verkehrshaushalt sei durch den Nachtragshaushalt in drei Positionen tangiert, die insgesamt aber aufkommensneutral seien.

Erstens: Kürzung der Zuschüsse des Landes an die Deutsche Bahn AG für Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV in Höhe von 6,5 Millionen DM (S. 2/60). Betroffen seien Infrastrukturmaßnahmen im Zuge der Erweiterung der S 4 und der S 9. Die Mittel würden nicht gebraucht, weil es seitens des Bundesverkehrsministeriums Probleme bei der öffentlichen Förderung gegeben habe.

Zweitens: Aufstockung um 3,5 Millionen DM für die Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen auf den Verkehrsflughäfen und Verkehrslandeplätzen (S. 2/61). Durch Raummieten und ähnliches seien zusätzliche Kosten entstanden. Diejenigen, die die Sicherheitsmaßnahmen auf den Flugplätzen insbesondere in Düsseldorf und Köln/Bonn durchführten, hätten auf die Mittel Anspruch. Diese Ausgaben würden insgesamt durch Einnahmen aus der Flugsicherheitsgebühr gedeckt.

Drittens: Aufstockung um 3 Millionen DM aufgrund von Kostensteigerungen beim Ausbau der Kanäle in Nordrhein-Westfalen (S. 2/61). Das Land finanziere hier ein Drittel der Kosten komplementär.

Günter Langen (CDU) bittet um Auskunft zu den "globalen Minderausgaben" in Höhe von 37,6 Millionen DM (S. 2/51).

StS Westermann erläutert, das Wesen der globalen Minderausgaben sei es, daß sie im Laufe des Haushaltsjahres erwirtschaftet werden müßten. Die 37,6 Millionen DM beträfen den Gesamtetat 08. Erst zum Jahresende könne gesagt werden, an welcher Stelle sie erwirtschaftet werden könnten.

Günter Langen (CDU) betont, seiner Fraktion komme es darauf an, daß die notwendigen Investitionen durchgeführt würden. Seine Frage, ob erkennbar sei, daß vorgesehene Investitionen nicht durchgeführt werden könnten, verneint **StS Westermann**.

3 Fortsetzung und Umsetzung des Landesstraßenbedarfs- und -ausbauplans auf der Basis der beabsichtigten Mittelbereitstellung von 3,55 Milliarden DM für den Landesstraßenbedarfsplan 1993 sowie Bericht über die restliche Finanzierung des Landesstraßenausbauplans in 1995, 1996 und 1997

Auf Antrag der Fraktion der CDU

Staatssekretär Westermann führt aus, mit dem Gesetz zur Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes vom 9. Februar 1993 sei der Landesstraßenbedarfsplan zuletzt fortgeschrieben worden. Die Fortschreibung erfolge alle fünf Jahre durch das Parlament auf Vorschlag des Verkehrsministers. Zur Hälfte der Laufzeit des geltenden Plans sei deshalb die Frage nach dem gegenwärtigen Stand durchaus berechtigt.

Der Bedarfsplan enthalte sämtliche Neubauvorhaben und Ortsumgehungen - unabhängig von der Höhe ihrer Kosten - sowie die Ausbauprojekte mit mehr als 5 Millionen DM Gesamtkosten. Insgesamt umfasse der Bedarfsplan in seinen beiden Dringlichkeitsstufen Vorhaben mit einem Kostenvolumen ab 1993 von 3,35 Milliarden DM; insofern sei die im Antrag der CDU-Fraktion genannte Zahl etwas korrekturbedürftig.

Parallel zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans sei vom damaligen Minister für Stadtentwicklung und Verkehr im Benehmen mit dem Verkehrsausschuß aus der Stufe 1 des Bedarfsplans der Landesstraßenausbauplan 1993 bis 1997 entwickelt worden. Insgesamt seien darin 183 Vorhaben ausgewiesen, deren Verwirklichung bzw. zumindest Baubeginn bis Ende 1997 vorgesehen sei. Bis zur Gegenwart seien von den 183 Projekten 102 fertiggestellt bzw. im Bau. Einen genaueren Überblick über die Umsetzung des Landesstraßenausbauplans und insbesondere über den Stand der einzelnen Maßnahmen biete der Straßen-